

BRD-Politiker zur Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion

Finanzierung ist Spitzenthema

Bonn (ADN/ND). Die Finanzierung der deutschen Einheit war am Wochenende vor der Fortsetzung der offiziellen Verhandlungen zwischen beiden deutschen Staaten über einen Staatsvertrag für die Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion am Montag in Bonn weiter Spitzenthema in Äußerungen bundesdeutscher Politiker. Spätestens am Donnerstag soll die DDR-Bevölkerung über die Grundzüge des Vertrages informiert werden.

äußerte sich auch Bundeswirtschaftsminister Helmut Haussmann (FDP). Baden-Württembergs Ministerpräsident Lothar Späth (CDU) schließt Steuererhöhungen in der BRD zur Anschubfinanzierung in der DDR inzwischen nicht mehr aus.

Der SPD-Sozialexperte Rudolf Dreßler forderte Bonn auf, der DDR-Regierung bei den Verhandlungen hinsichtlich der Lohnzuschläge entgegenzukommen, die als Ausgleich für den

Subventionsabbau gewährt werden sollen. Er begründete den Vorschlag damit, daß seinen Berechnungen zufolge auf der Grundlage des Entwurfs der Bundesregierung die Realeinkommen in der DDR um ein Viertel sinken würden. Dreßler sprach sich z. B. dafür aus, die Mindestrente in der DDR beizubehalten und diese Kategorie auch in der Bundesrepublik einzuführen. Er sagte, nach dem Entwurf des Staatsvertrages sollen die Sozialversicherungsbeiträge von jetzt zehn auf 17,9 Prozent steigen.

Bald Belegschaftsaktien?

Bonn (ADN). Die DDR will auch nach der Wirtschafts- und Währungsunion eine unbegrenzte Beteiligung bundesdeutscher und ausländischer Firmen an den Kombinat- und volkseigenen Betrieben nicht zulassen. Wie der Vorsitzende der Anstalt zur Treuhänderschaften Verwaltung des Volkseigentums, Peter Moreth, der Bonner Tageszeitung 'Die Welt' erklärte, soll das Volkvermögen aufgeteilt werden. 'An die Bürger der DDR geht sicher die Hälfte. Nur der Rest steht

zum Verkauf.' Man plane die Ausgabe von Anteilsscheinen, die jeder DDR-Bürger kaufen könne, sowie die Herausgabe von Belegschaftsaktien durch die Betriebe. Die Treuhandgesellschaft verwaltete 8000 Kombinate und VEB im Wert von rund 1000 Milliarden DDR-Mark. Nach der Währungsunion wird er bei 300 Milliarden DM liegen. 'An den bisher 79 in GmbH und Aktiengesellschaften umgewandelten Betrieben halte die Treuhandanstalt 100 Prozent des Kapitals.

Bauern in Not - Demos!



Bauern kämpfen um ihre Zukunft. Mit Traktoren, LKW, Landmaschinen blockierten sie am Wochenende Grenzübergänge und Straßen. Wie hier am vogtländisch-bayerischen Übergang Gassenreuth machten sächsische Bauern auch in Heinersgrün und Ulitz auf die besorgniserregende Situation der Landwirtschaft aufmerksam. Hunderte Berufskollegen blockierten einen Abschnitt der F 87 zwischen Torgau und Eilenburg. Rund 50 Kilometer lang war der Zug der Bauern im Kreis Herzberg, die die Sicherung des Absatzes ihrer Produkte forderten.

In Brandenburg und Ravensbrück

Der Naziopfer gedacht

Brandenburg/Gransee (ADN/ND). Gedenken am Sonntag auf dem Brandenburger Marienberg. Vor 45 Jahren war das faschistische Zuchthaus Brandenburg-Görden befreit worden. Ehemalige Häftlinge, Mitglieder des Komitees der Antifaschistischen Widerstandskämpfer, mit ihnen Vorsitzender Peter Florin, sowie Gäste vom Verband der Verfolgten des Naziregimes der BRD waren gekommen. Im 'größten und sichersten Zuchthaus Europas' - so die Projektanten - waren unter anderem Erich Honecker und sein späterer Kontrahent Robert Havemann inhaftiert. Joachim Pollok, Leiter der Nationalen Mahn- und Gedenkstätte, erinnerte an die fast 2000 politischen Gefangenen, die die Befreiung am 25. April 1945 nicht mehr erlebten und unter dem Fallbeil der Nazihenker starben.

Am Sonntag wurde auch eine Sonderausstellung mit dem Titel 'Das Zuchthaus' eröffnet. Sie ist bis zum 3. Juni in der Werner-Seelenbinder-Kaserne der Hauptstadt zu sehen. Peter Florin kennzeichnete sie als erste Ausstellung in der DDR über faschistische Strafjustiz, Strafvollzug, Leben und Widerstand im Zuchthaus Brandenburg mit 'dem deutlichen Bemühen um ein objektives Bild'.

Am Sonntagabend gedachten auf dem Gelände des ehemaligen Frauenkonzentrationslagers Ravensbrück etwa 300 Menschen aus 14-Ländern - deutlich weniger DDR-Bürger, dafür mehr Ausländer - des 45. Jahrestages der Befreiung des Lagers. Die Präsidentin des Internationalen Ravensbrück-Komitees, die Französin Rose Guerin, wandte sich mit der Bitte an die UNO, die UNESCO und den Europarat, die Schirmherrschaft über die Gedenkstätte zu übernehmen. Jeder an seinem Platz solle Menschlichkeit geben, welcher Partei, Religion, Rasse er auch angehöre, da sprach Käthe Niederkirchner (PDS), stellvertretende Volkskammerpräsidentin, deren Tante hier ermordet worden war.

Zurück durch Haupteingang

Von HOLGER WENK

Zu den am Mittwoch beginnenden Gesprächen mit der süd-afrikanischen Regierung halten sich zum erstenmal seit fast 30 Jahren führende Mitglieder des Afrikanischen Nationalkongresses (ANC), der ältesten Befreiungsbewegung des 'schwarzen Kontinents', in ihrer Heimat auf. Zu den fünf Politikern, die vom Exilhauptquartier Lusaka nach Kapstadt flohen, gehören Generalsekretär Alfred Nzo, der ANC-Militärchef Joe Modise, Chefdiplomat Thabo Mbeki, KP-Chef Joe Slovo und die Kirchenexperte Ruth Mompoti.

Bei der Ankunft bedauerte Nzo, daß sie nicht 'in ein friedliches Land' heimkehren. Und Joe Slovo triumphierte: 'Ich habe Südafrika vor 27 Jahren durch die Hintertür verlassen und bin jetzt durch den Haupteingang zurückgekehrt.' Die fünf Exilvertreter und sechs ANC-Inlandsabgesandten werden vom 2. bis 4. Mal unter Leitung von Nelson Mandela mit der von Präsident de Klerk geführten neunköpfigen Regierungsdelegation zusammenzutreffen.

Angesichts zunehmender Drohungen ewiggestriger Weißen wurden in Kapstadt und Umgebung strengste Sicherheitsvorkehrungen getroffen. Es ist bislang nicht einmal bekannt, in welchem Gebäude der Stadt das historische Treffen stattfinden wird. Damit stehen die noch vor einem Jahr als 'Staatsfeinde und Terroristen' von Pretoria Verurteilten heute sozusagen unter Staatsschutz. Südafrika im Wandel.

Ebenen, einer ungerechtfertigten Monopolisierung ihrer Untersuchung sowie der Verheimlichung der Angaben über die Strahlungssituation vor allem im Jahre 1986. Die staatlichen Organe hätten nicht genügend Verantwortung für die Sicherheit der Menschen gezeigt. Das Parlament beauftragte die Ministerräte der UdSSR, der Ukraine, der Russischen Föderation und Belorusslands, noch in diesem Jahr das langfristige Programm zum Schutz der Bevölkerung vor den Folgen der Katastrophe von Tschernobyl zu verabschieden. Ferner sollen zum Ende des Jahres im Parlament Gesetzentwürfe über den Rechtsstatus der Opfer und der an der Beseitigung der Havarie beteiligten Personen sowie über die Nutzung der Kernenergie und die Gewährleistung der nuklearen Sicherheit erörtert werden. Ebenfalls bis zur Jahreswende sollen Maßnahmen zur Stilllegung des Tschernobyl-Kernkraftwerkes ausgearbeitet werden. Für September sei die Annahme eines Spezialprogramms 'Kinder Tschernobyls' geplant.

Während der dreitägigen andauernden Diskussion ging es u. a. um die ökonomische Unabhängigkeit der arbeitenden Frau und Rechtsgleichheit für Ausländerinnen. CORINNA FRICKE

Skinheads wüteten, Volkspolizei griff ein

Erfurt/Cottbus/Dresden (ADN). Skinheads randalierten am Wochenende in verschiedenen Orten der DDR, gingen brutal gegen Personen vor und demolierten öffentliche Einrichtungen. Etwa 500 Anhänger der Skin-Szene, überwiegend aus der BRD, aus dem Raum Berlin/Potsdam und aus einigen Thüringer Kreisen, waren zu einem 'gesamtdeutschen Treffen' in Nordhausen angereist. Initiator dieser neofaschistischen Zusammenkunft, bei der Musikgruppen wie 'Werwolf', 'Commando Pernot' und andere auftraten wollten, war ein Vorstandsmitglied einer stark rechtsorientierten Partei in der BRD. Das Rockkonzert war jedoch abgesagt worden. Die Polizei versuchte, eine von 200 Skins besetzte Gaststätte zu räumen. Nachdem 150 von ihnen der Aufforderung nachgekommen waren, verbarrikadierten sich 50, die zum Teil mit Messern, Gaspistolen, Schlaggegenständen be-

waffnet waren, und bewarfen Polizisten mit Steinen und Flaschen. Daraufhin setzten Spezialkräfte Dienstwunde und Reizgas ein. Dabei wurden fünf Skins verletzt, einer durch einen Hundebiß schwer. Von den 500 Randalierenden wurden 140 bis 150 festgenommen. Die Störenfriede haben mit nachhaltigen Sanktionen zu rechnen. Die Untersuchungen waren nach Auskunft von Major Hofmann von der Bezirksbehörde Erfurt der Polizei am Sonntag noch nicht abgeschlossen. Weitere derartige Ausschreitungen wurden auch aus dem Bezirk Cottbus bekannt. Nach Angaben des Innenministeriums beschuldigte eine Gruppe Rechtsradikaler am Sonnabendmorgen auf dem Parkplatz der Autobahnstation Freienhufen ein Einsatzfahrzeug der VP. Etwa 25 Personen drangen in die Intershop-Verkaufsstelle ein, bedrohten das Bedienungspersonal,

beschädigten Auslagen und entwendeten Waren. Eine Gruppe von 18 Skins aus der DDR und Westberlin randalierte am Abend in zwei Gaststätten der Kreisstadt Calau sowie der Gemeinde Muckwar. Randaliierende 'Fußballfans', unterwegs zur Begegnung Dynamo Dresden-FC Berlin, verletzten am Sonnabend in Dresden-Neustadt den Zugführer des D 913 Berlin-Dresden. Er mußte ins Krankenhaus gebracht werden. Nach dem Spiel randalierte die 'Fans' weiter. Etwa 300 warfen hinter dem Bahnhofsgebäude mit Steinen nach Einsatzfahrzeugen der VP, zerschlugen Fensterscheiben und beschädigten Werbeflächen. In einem Bus wurde ein Fahrgast verletzt. Insgesamt mußten an diesem Oberliga-Spieltag in der Elbstadt neun Personen, darunter zwei Bürger aus Westberlin, zur Klärung des Sachverhalts dem VPKA Dresden zugeführt werden.

Sondertagung in Verlängerung

New York (ADN). Schwerwiegende Interessensgegensätze zwischen Entwicklungsländern und Industriestaaten führten am Sonnabend zur Verlängerung der UNO-Vollversammlung zu Problemen der Weltwirtschaft, da sich die 180 Staatsdelegationen nicht auf eine konsensfähige Deklaration einigen konnten. Am heutigen Montag wird ein zweiter Anlauf versucht.

Die USA weigern sich UNO-Quellen zufolge strikt, einen Dokument zuzustimmen, das einen allgemeinen und globalen Schuldennachlaß befürwortet. Darüber hinaus wehren sich viele Industriestaaten auch gegen Versuche, eine obligatorische Entwicklungshilfe in Höhe von mindestens 0,7 Prozent des Brutto- sozialprodukts festzuschreiben.

Ruf zur Vernunft

Berlin (ADN). Der Malferttag sollte von Vernunft und Toleranz aller getragen sein, heißt es in einem Aufruf des Berliner Polizeipräsidenten. Geschichtete Erkenntnisse ließen die Feststellung zu, daß Gewalttätigkeiten und Auseinandersetzungen nicht auszuschließen seien. 'Es wird daher alles getan, um gemeinsam mit besonnenen und demokratischen Kräften das friedliche Anliegen des 1. Mai zu unterstützen', heißt es im Aufruf. 'Potenziellen Gewalttätern, die versuchen, ihre Ziele durchzusetzen, wird mit Konsequenz und entsprechenden polizeilichen Mitteln entgegengetreten.'

Politische Rehabilitation

Berlin (ND). Auf ihrer Tagung am Sonnabend bestätigte die Zentrale Schiedskommission der Partei des Demokratischen Sozialismus die Ordnung für die Arbeit der Schiedskommission der Partei. Ferner beschloß sie nach eingehender Beratung die politische Rehabilitation aller jener, die Ende der 40er bzw. Anfang der 50er Jahre wegen ihrer früheren Zugehörigkeit zur Sozialdemokratischen Partei Deutschlands als sogenannte Schumacher-Agenten aus der SED ausgeschlossen und zum Teil von der Justiz verfolgt worden waren.

Zu ihnen zählen der jetzige stellvertretende Vorsitzende des Kurt-Schumacher-Kreises Berlin e. V., Hermann Kreuzter, Dorothea Kreuzter, geborene Fischer, sowie Bruno Vöttge, Paul Verdeck und Stanislaus Trabalzki. Postum wurden die Saalfelder Genossen Paul Kreuzter, Ewald Kaufmann, Moritz Luther und Karl Linke rehabilitiert und damit von unberechtigter stalinistischer Schuldzuweisung befreit. Darüber hinaus wurden weitere 34 Personen rehabilitiert, die in den vergangenen Jahren aus den verschiedenartigsten Gründen von Leitungsgremien der SED politisch gemißtrachtet worden waren.

Deutsch-deutsches Ministertreffen

Umweltunion ab 1. Juli?

Hannover (ADN). BRD-Umweltminister Klaus Töpfer und sein DDR-Amtskollege Prof. Dr. Karl-Hermann Steinberg streben eine Umweltunion an, die parallel zur Wirtschafts- und Sozialgemeinschaft in Kraft gesetzt werden soll. Vom 1. Juli an sollen für Neuinvestitionen in der DDR vergleichbare Umweltgesetze gelten. Für Altanlagen werde eine Übergangsfrist eingeräumt, verabredete die Minister bei ihrem ersten offiziellen Treffen in Hannover.

Zur Sanierung der Elbe will die DDR bis 1994 rund 80 Prozent ihrer Schadstoffeinträge reduzieren. An den Flüssen Mulde und Saale seien bereits Betriebe geschlossen worden, insgesamt 65 000 Arbeitsplätze seien von den Schließungen betroffen. Als Pilotprojekte vereinbarten Töpfer und Steinberg zwei Anlagen für das Chemiekombinat Buna sowie die Errichtung eines Heizkraftwerkes in Magdeburg. Für diese sollen aus der Bundesrepublik 27 Millionen Mark investiert werden, die DDR bezahle noch einmal 400 Millionen Mark. Bertha (ADN). Vor einer neuen Müllschwemme aus der Bundesrepublik in die DDR warnen die Greenpeace-Experten für internationale Müllgeschäfte Mathias Voigt (Berlin) und Andreas Bernstorff (Hamburg). Industrie und Kommunen aus der BRD seien gegenwärtig dabei, ihre neuen ost-deutschen Partner für gigantische Projekte wegzuklopfen, die im Westen kaum Durchsetzungschancen hätten.

Erster Ost-West-Frauenkongreß beendet

Gegen schnelle Vereinigung

Der erste Ost-West-Frauenkongreß, den der Unabhängige Frauenverband, die Autonome Frauenbewegung München und die Fraueninitiative Berlin (West) organisiert hatten, ist beendet. Über 800 Frauen aus beiden deutschen Staaten berieten unter dem Motto 'Frauen geht's ums Ganze'. 'Was erwartet uns bei einer so schnellen Vereinigung, wo müssen wir uns wehren?' Im Ergebnis des Treffens entstand ein gemeinsames Arbeitspapier an die Regierungen und Parlamente beider Staaten gerichtet, in dem die Frauen ihre Befürchtung hervorhoben, daß im Wiedervereinigungsprozeß von

und für Frauen Erreichtes zurückgenommen wird. Der Verfassungsentwurf des Runden Tisches, so heißt es weiter, gehe über das Grundgesetz hinaus. Er müsse öffentlich diskutiert und Basis einer neuen Verfassung werden. Diese, so die Frauen, soll von 'einem paritätischen (DDR/BRD) und quotiert (Frauen/Männer) besetzten Gremium erarbeitet und durch Volksentscheid abgestimmt werden.' Während der dreitägigen andauernden Diskussion ging es u. a. um die ökonomische Unabhängigkeit der arbeitenden Frau und Rechtsgleichheit für Ausländerinnen. CORINNA FRICKE

UdSSR bittet die Welt um Hilfe für Tschernobyl-Opfer

Washington/Moskau (ADN). Der sowjetische Hubschrauberpilot Anatoly Grischtschenko, der vor vier Jahren Zement und Sand über dem brennenden Kernreaktor von Tschernobyl abgeworfen und sich dabei selbstos radioaktivem Strahlung ausgesetzt hatte und an Leukämie erkrankte, ist am vergangenen Freitag im Fred-Hutchinson-Krebsforschungszentrum in Seattle (Bundesstaat Washington) einer Knochenmarktransplantation unterzogen worden. Das nötige Knochenmark war von einer 42-jährigen Französin zur Verfügung gestellt worden, die aus einem internationalen Register ermittelt worden war, jedoch anonym bleiben will. Die Entnahme hatte am Morgen in einem Hospital in Besangon stattgefunden. Das Transplantat wurde dann via Genf und London nach Seattle gebracht, wo noch am selben Abend die Operation stattfand, da entnommenes Knochenmark bereits nach 24 Stunden seine Wirksamkeit verliert. Der Zustand des 53-jährigen nach dem Eingriff wurde von einer Sprecherin des Kranken-

hauses als stabil bezeichnet. Es werde jedoch etwa drei Wochen dauern, um festzustellen, ob das transplantierte Knochenmark wächst und seine Funktion erfüllen kann. Eine völlige Heilung lasse sich aber erst nach etwa fünf Jahren mit Sicherheit sagen. Die Überlebenschancen Grischtschenkos liegen nach Einschätzung der Ärzte zwischen 25 und 75 Prozent. Eine in Washington weilende UdSSR-Parlamentsdelegation hatte ebenfalls am Freitag vor der Presse einen dringenden Appell an die USA und die Welt gerichtet, bei der Überwindung der durch die Tschernobyl-Katastrophe entstandenen Risiken medizinischen und menschlichen Probleme zu helfen. Sie machte auf den Mangel an medizinischen Ausrüstungen, radiologischen und anderen wissenschaftlichen Laboren sowie an Wohnraum für viele der Umsiedelten aufmerksam. Durch das Unglück seien 1,5 Millionen Menschen einer großen Dosis radioaktiver Strahlung ausgesetzt gewesen. Im Gebiet von Kiew liege die Rate

der Leukämie-Erkrankungen 2,6 bis 3,8mal so hoch wie vor dem Unfall. Angesichts der komplizierten Situation wendet sich der Oberste Sowjet der UdSSR an die Parlamente der Welt und internationalen Organisationen mit der Bitte um Unterstützung. Wie in einem am Sonnabend von der Moskauer Zeitung 'Prawda' veröffentlichten Beschluß des UdSSR-Parlaments festgelegt wird, ist die soziale und politische Lage in den radioaktiv verunreinigten Regionen äußerst gespannt, haben sich Maßnahmen zur Überwindung der Havariefolgen als unzureichend erwiesen. Zehntausende Menschen seien noch immer nicht aus Zonen mit erhöhter radioaktiver Strahlung evakuiert worden. Ihre Versorgung mit unverseuchten Lebensmitteln sowie die medizinische Betreuung seien nicht in vollem Maße gewährleistet. Viele von ihnen hätten unterdessen das Vertrauen in die Staatsorgane verloren. Die derzeitige Lage, so wird in dem Beschluß festgestellt, ist das Ergebnis einer falschen Einschätzung der Havariefolgen auf allen

UMSCHAU

Abriß der Mauer am Brandenburger Tor

Berlin (ADN). Mit dem Abriß der Berliner Mauer hinter dem Brandenburger Tor wurde am Wochenende begonnen. Soldaten trugen mit schwerer Technik, unterstützt von einer Westberliner Firma, die Grenzmauer ab. Bis zum 19. Mai soll der gesamte Mauerabschnitt zwischen Reichstagsufer und Friedrich-Zimmerstraße (Checkpoint Charlie) gefallen sein. Das Passieren der Grenzübergänge am Wahrzeichen der Stadt ist weiterhin möglich.

Wieder VP-Kommissar

Berlin (ADN). Neue Dienstgradbezeichnungen gelten ab 1. Mai für die Angehörigen der Deutschen Volkspolizei, der Feuerwehr und des Strafvollzuges. Aus dem Hauptmann der Volkspolizei wird beispielsweise ein Volkspolizei-Hauptkommissar, aus dem Kriminalobermeister ein Kriminalobersekretär, aus dem Unterleutnant der Feuerwehr ein Unterbrandmeister.

Gesellschaft für gute Nachbarschaft zu Polen

Berlin (ADN). Eine Gesellschaft für gute Nachbarschaft DDR-Republik Polen wurde am Sonnabend in Berlin gegründet. Sie will auch in einem geeinigten Deutschland für Völkerverständigung und ein gemeinsames Zusammenleben zwischen dem deutschen und polnischen Volk wirken. Rund 150 Bürger beider Länder sowie Gäste aus der BRD und Westberlin nahmen an der Gründungsveranstaltung im Polnischen Kultur- und Informationszentrum teil. Zur Präsidentin der Gesellschaft wurde die Historikerin Dr. Christa Hübner gewählt.

Klub Umweltbewußter

Berlin (ND-Baufeld). Ein Klub für umweltbewußte Fußgänger, Rad- und Autofahrer sowie Nutzer öffentlicher Verkehrsmittel gleichermaßen ist der Verkehrsclub der DDR (VCD), der sich am Wochenende gründete. Er wird sich gemeinsam mit dem VCD der BRD für eine ökologisch orientierte Verkehrspolitik einsetzen. Zugleich bietet er ab 1. Juni Schutzbrief-Leistungen für Autofahrer bei Pannen und Unfällen sowie Verkehrsrechtsschutzversicherungen auch für Fußgänger, Radfahrer sowie Bus- und Bahnbenutzer.

Schwere Unfälle

Berlin (ADN). Drei Menschenleben forderte ein schwerer Verkehrsunfall auf der Autobahn Berliner Ring-Hirschberg. Vier BRD-Bürger wurden bei einem schweren Verkehrsunfall auf der F71 getötet.

FDJ-Landesverband Mecklenburg

Schwerin (ND-Reppich). Über 100 Delegierte aus den Bezirken Rostock, Neubrandenburg und Schwerin gründeten am Sonnabend in Schwerin den Landesverband Mecklenburg-Vorpommern der FDJ. In einer Grundsatzerklärung bezeichnet der Landesverband den Charakter der Jugendorganisation als sozialistisch, selbständig, demokratisch und antifaschistisch. Ausdrücklich wendet er sich gegen einen Anschluß der DDR an die BRD nach Arti-

Leiche identifiziert

Berlin (ADN). Die am 20. April in der Nähe der Angestellte Langer See in Berlin angeschwemmte weibliche Leiche wurde identifiziert. Aufgrund der Presseveröffentlichung hatte sich der in Bernau wohnende Ehemann der Toten an die Volkspolizei gewandt. Die Frau hatte Selbstmord begangen.

International

Meetings in Rumänien gegen die Regierung

Bukarest (ADN). Rund 15 000 Menschen demonstrierten am Sonntag in Timisoara gegen die rumänische Regierung. Sie forderten in Sprechchören den Rücktritt von Interimspräsident Ion Iliescu. In Bukarest versammelten sich am selben Tag erneut Hunderte von Regierungsgegnern auf dem Universitätsplatz, der auf einem riesigen Spruchband zur 'Kommunismusfreien Zone' erklärt wurde.

abend in Bogotá beigesetzt. Rund 20 000 Menschen gaben dem Oppositionspolitiker das letzte Geleit.

24 rumänische Oppositionsparteien und -bewegungen schlossen sich zu einer 'Nationalen Allianz für den Sieg der Revolution' zusammen.

Richard v. Weizsäcker: Reise nach Polen ist „wichtigste Aufgabe“

Hamburg (ADN). Als 'wichtigste Aufgabe in meinem Amt gegenüber dem Ausland' hat Bundespräsident Richard von Weizsäcker seine bevorstehende Reise nach Polen bezeichnet. Gegenüber dem Hamburger Nachrichtenmagazin 'Der Spiegel' sagte von Weizsäcker, der Polen-Besuch von Kanzler Kohl im vergangenen November 'hat uns in bezug auf die Gegenwartsfragen entscheidend vorgebracht'. Der Bundespräsident erbotene, Deutsche und Polen hätten 'eine Interessengemeinschaft gegenseitiger Beratung und Zusammenarbeit'.

Polizei stürmte in Ulsan bestreikte Werft

Soul (ADN). Zu schweren Zusammenstößen zwischen Arbeitern und Polizei kam es am Sonnabend in der südkoreanischen Hafenstadt Ulsan, nachdem ein Streik in der Hyundai-Werft gewaltsam beendet worden war. Rund 10 000 Polizisten stürmten am Morgen die Werft, wobei sie mit Tränengas und Schlagstöcken gegen die Arbeiter vorgehen. Hunderte Arbeiter wurden anschiessend mit Bussen abtransportiert. Mindestens 500 Personen sollen festgenommen worden sein.

München wird künftig „rot-grün“ regiert

München (ADN). Die bayerische Landeshauptstadt München wird in den nächsten sechs Jahren erstmals von der SPD gemeinsam mit den Grünen regiert. Der SPD-Unterbezirksparteitag München entschied sich am Sonnabend einstimmig für ein solches Bündnis. Oberbürgermeister Georg Kronawitter (SPD) sagte, man habe nach langen Verhandlungen mit dem neuen Partner eine gemeinsame Kooperationsbasis gefunden.

Opposition bei Wahl in Kroatien deutlich vorn

Zagreb (ADN). Die national gesinnte Kroatische Demokratische Gemeinschaft hat bei den ersten freien Parlamentswahlen in der jugoslawischen Republik Kroatien eine deutlichen Sieg errungen. Wie die Wahlkommission am Sonnabend in Zagreb mitteilte, erreichte sie mehr als 79 Prozent der am vergangenen Sonntag vergebenen 131 Abgeordnetenmandate. Auf den Bund der Kommunisten entfielen als zweitstärkste Partei rund zehn Prozent der Sitze.

Linksbündnis in Finnland gegründet

Helsinki (ADN). Eine 'rote Zukunft' für eine grüne und gerechte Zukunft will der finnische Linksbund vertreten, der am Wochenende in Helsinki gegründet worden ist. Zusammengeschlossen haben sich dazu die KP Finnlands, die Demokratische Union des Finnischen Volkes (SKDL) - ein Wahlbündnis linker und anderer demokratischer Kräfte - sowie der Demokratische Frauenbund.

UdSSR-Zeitung: 1960 bei U-2-Affäre zwei Sowjetpiloten getötet

Moskau (ADN). Bei der Affäre um das USA-Spionageflugzeug U-2 mit dem Piloten Francis Powers sind vor 30 Jahren zwei sowjetische Piloten ums Leben gekommen. 'Krasnaja Swesda' nannte am Sonntag erstmals Einzelheiten der Vorkommnisse vom 1. Mai 1960. Nach Angaben der Zeitung beschlossen die Verantwortlichen des Flugzeugstützpunktes in der Nähe von Swerdlowsk, eine neue Maschine vom Typ SU-9 auf die U-2 anzusetzen. Da die Maschine keine Bordwaffen hatte, erhielt der Pilot - der über keinen speziellen Druckknopf verfügte - den Befehl, den unbekanntes Eindringling in 20 000 Meter Höhe zu rammen und zum Absturz zu bringen. Die SU-9 verfehlte jedoch die US-Maschine und stürzte wegen Treibstoffmangels ab. Untersuchen wurde die US-Maschine getroffen worden und vom Radarschirm verschwunden. Zur Sicherheit feuerte die Raketenstellung ein zweites Mal und traf eines von zwei sowjetischen Kampfflugzeugen.

Ermordeter Politiker in Bogotá beigesetzt

Bogotá (ADN). Der ermordete kolumbianische Präsidentschaftskandidat Carlos Pizarro Leon-Gomez wurde am Sonn-